



Die Fronten verhärten sich

Iran: Der Iran hat angekündigt, auf die Aktionen der US-Marine und das israelische Vorgehen im Libanon zu reagieren. Teheran warnte, dass die Vorfälle nicht unbeantwortet bleiben werden, und drohte innerhalb der nächsten 12 Stunden (So., 07.06.2026) mit Gegenmaßnahmen. In der Frage der eingefrorenen Vermögenswerte gibt es weiterhin keine Annäherung, ganz zu schweigen vom angereicherten Uran. Die bloße Ankündigung, iranische Vermögenswerte freizugeben, reicht nicht aus. Erst die

praktische Umsetzung schafft das notwendige Vertrauen. Die USA haben die Freigabe von Vermögenswerten in Höhe von 24 Milliarden Dollar in Aussicht gestellt und sind dem Vorschlag gefolgt, die Hälfte davon über Katar abzuwickeln. Teheran betont unmissverständlich, dass bloße Versprechungen nicht ausreichen. Des Weiteren fordert der Iran, die US-Blockade in der Straße von Hormus aufzuheben. Der festgefahrene Konflikt zwischen Washington und Teheran dreht sich weiterhin um drei ungelöste Kernfragen: eingefrorene iranische Auslandsguthaben, weitreichende Wirtschaftssanktionen und die Hegemonie über die Straße von Hormus. Bezüglich der drei Kernpunkte gab es seit Waffenstillstandsbeginn keinerlei Fortschritte.

Der Iran erhebt schwere Vorwürfe gegen die USA. Das iranische Außenministerium erklärt, amerikanische Militärangriffe auf Radaranlagen und Küsteneinrichtungen waren ein klarer Verstoß gegen die Waffenruhe. Dieser Schritt wird als ein Akt der Aggression und als gravierende Verletzung der iranischen Souveränität verurteilt. Der Iran behält sich das Recht auf legitime Selbstverteidigung vor und kündigt entsprechende Reaktionen an. Analysten stufen die Äußerung als militärische Vergeltungsmaßnahme ein.

Die arabischen Staaten blicken mit großer Sorge auf die jüngsten Entwicklungen. Kuwait und Jordanien haben sich mit ungewohnter rhetorischer Härte gegen den Iran positioniert. Sie werfen Teheran vor, mit wiederholten Angriffen die Souveränität der Golfstaaten zu untergraben und internationales Recht zu brechen. Saudi-Arabien verurteilt die iranischen Angriffe als gravierende Bedrohung für die regionale Stabilität. Die Regierung in Riad warnt, dass eine weitere Eskalation unvermeidlich in einen umfassenden Flächenbrand im Nahen Osten münden könnte. Die Äußerungen der Golfstaaten lassen eine klare strategische Linie vermissen und sind von widersprüchlichen Drohungen geprägt.

Eine geschlossene Haltung der Golfstaaten gegenüber dem Iran hätte das Potenzial, die strategische Gesamtlage fundamental zu verändern. Betrachtet man diese Entwicklungen im Zusammenhang, fügen sie sich zu einem Gesamtbild zusammen. Die Verhandlungen stagnieren und die Fronten verhärten sich. Immer mehr Staaten beziehen klar Stellung gegen den Iran. Dadurch rückt die strategisch essenzielle Straße von Hormus ins Zentrum der globalen Machtpolitik.

Atomkraftwerke-Null Toleranz: Der Iran reagiert damit auf eine Serie von Luftschlägen, bei denen US- und israelische Streitkräfte in den vergangenen Monaten im Zeitraum Juni 2025 bis April 2026, 17 Angriffe auf iranische Nuklearstandorte durchgeführt haben. Betroffen war unter anderem die Anlage des Kernkraftwerks Bushehr, wo es zu Opfern kam. Die Rakete explodierte nur 350 Meter neben dem Kernkraftwerk. Der Iran warnt davor, dass solche Angriffe zur neuen Normalität werden könnten, wenn die Weltgemeinschaft tatenlos zusieht. Teheran drängt daher auf verbindliche neue internationale Regeln, die derartige Militärschläge weltweit und ausnahmslos ächten und fordert eine internationale Null-Toleranz. Teheran bezeichnet diese Angriffe als Akt des nuklearen Terrors.

Bei einem nuklearen Zwischenfall in Iran oder Israel würde radioaktiver Staub in die Atmosphäre freigesetzt und durch den Wind verbreitet. Es dauert in der Regel etwa fünf Tage, bis diese kontaminierten Partikel Österreich erreichen würden.

Teheran kritisiert insbesondere die IAEA, (Internationale Atomenergie-Organisation) Generaldirektor Rafael Mariano Grossi dafür, dass er die US-israelischen Angriffe auf das Atomkraftwerk nicht direkt verurteilt habe. Teheran sagt, dass Grossi angesichts seiner Ambitionen und seines Status als Kandidat für das Amt des UN-Generalsekretärs die Grundsätze der Unparteilichkeit, Professionalität und der offiziellen UN-Terminologie strikt einhalten sollte, um seine Glaubwürdigkeit bei sich selbst und der IAEA zu wahren. Liebe LeserInnen mit dieser Ausführung gehen wir völlig konform. Es ist völlig unerheblich, auch in Kriegszeiten, in welchem Land ein Kernkraftwerk steht. Es darf unter keinen Umständen beschossen werden.

Der Vertreter verweist auf den historischen Präzedenzfall aus dem Jahr 1981: Nach einem israelischen Angriff auf einen irakischen Atomreaktor verurteilte die IAEA Tel Aviv scharf und setzte die Hilfszahlungen aus. Ein vollständiges Einfrieren der israelischen Mitgliedschaft scheiterte damals jedoch am massiven diplomatischen Druck der USA auf die IAEA. Lieber LeserInnen, wie sollten Sanktionen-Strafen gegen die USA oder Israel aussehen, wenn diese Staaten Atomkraftwerke angreifen? Wie realistisch ist die Umsetzung? Es scheint, als genössen die USA und ihre Verbündete ein Privileg-einen Freibrief für ihr völkerrechtswidriges Handeln.

Bericht Nr. 89– Autor: Norbert O. M. Feilhaber – Datum: Mo. 08.06.2026





Die Kriegstreiber haben Hochsaison

Libanon Mo.08.06.2026: Die völkerrechtliche Lage und die Situation im Libanon sind extrem angespannt, da die im April 2026 vereinbarte Waffenruhe durch massive militärische völkerrechtswidrige Angriffe und weitere Gebietseroberung durch Israel faktisch zusammengebrochen ist. Der libanesischer Premierminister Nawaf Salam gab bekannt, dass die israelische Armee allein zwischen dem 17. April und dem 7. Juni 2026, 3.491 Luftangriffe, 407 Sprengungen und sechs Planierungsaktionen im Libanon durchgeführt hat. Die Vereinten Nationen (UN) und internationale Beobachter stufen die Präsenz israelischer Truppen, nördlich der Blauen

Linie, sowie die Angriffe als klare Verletzung der Souveränität des Libanon und des Völkerrechts ein.

Die Absicht von Israel ist eine expansionistische Politik, im Sinne eines „Großisraels“, auf Kosten der Souveränität ihrer Nachbarstaaten.

Die Verbindung zwischen dem Libanon und dem Iran basiert in erster Linie auf einer tiefen ideologischen, militärischen und religiösen Partnerschaft, deren zentrales Bindeglied die schiitische Miliz und Partei Hisbollah ist.

Neu ist: Der Iran hat mehrfach bekräftigt und davor gewarnt, dass weitere israelische Angriffe auf den Libanon als "rote Linie" gelten. Teheran betrachtet eine Ausweitung der Angriffe auf libanesischem Gebiet (insbesondere auf die Hisbollah) als Bedrohung der eigenen Sicherheitsinteressen und hat Vergeltungsschläge für den Fall angedroht, dass diese Angriffe fortgesetzt werden. Massive Raketenangriffe auf Israel von Seiten des Iran haben bereits wieder begonnen.

Nachdem der Iran am Sonntagabend (7. Juni 2026) erstmals seit Inkrafttreten der Waffenruhe im April wieder massive Raketensalven auf israelische Ziele abgefeuert hatte, kam es am Montagmorgen zu israelischen Vergeltungsschlägen im Iran. Am selben Tag (8. Juni) gab es jedoch eine diplomatische Entspannung.

US-Präsident Donald Trump hat den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu nachdrücklich zur militärischen Zurückhaltung aufgefordert und verlangt, Angriffe auf den Iran einzustellen. Trump betonte dabei deutlich seine eigene Vormachtstellung mit den Worten: „Ich habe das Sagen, er hat nicht das Sagen“. Im Falle eines israelischen Angriffs auf den Iran wird Trump keine militärische Unterstützung leisten, so der Stand am Mo. 08.06.2026.

Ich möchte an diese Stelle auf den Bericht Nr. 44 vom Mi.22.04.2026 hinweisen. In einer bedeutsamen Rede wandte sich der südafrikanische Staatschef Cyril Ramaphosa an die Öffentlichkeit Barcelonas, 18. April 2026, Veranstaltungsort in Fira de Barcelona. Wo es genau um die Situation geht, dass die Welt zusieht, wie Israel oder die USA völkerrechtswidrig vorgehen und die Vereinten Nationen nur zusehen. Aufruf: Wir müssen entschieden auf einer Reform der globalen Institutionen bestehen, denn die Vereinten Nationen können nicht länger so weitermachen wie bisher. Zahlreiche internationale Politiker, darunter auch viele aus Österreich, waren bei dieser geschichtsträchtigen Rede anwesend.

US-Präsident Donald Trump überraschte am Donnerstag (11.06.2026) erneut mit einem drastischen Strategiewechsel: Die USA befänden sich nicht mehr in Gesprächen mit den Iran. Die USA werden den Iran heute Abend sehr hart treffen und bald die Kontrolle über die Öl- und Gasinfrastruktur übernehmen, veröffentlichte Trump im Social-Media-Beitrag. Trump droht konkret die Insel Kharg und andere Standorte einzunehmen. Die USA würden am Do. 11.06.26 Abend mit verstärkten Angriffen den Iran attackieren. Die Bombenangriffe werden viel größer und heftiger sein, sagte er. Der Iran sei völlig wehrlos, sie können nichts dagegen tun, sagte Trump. Der Iran hat sich unterworfen, sie wissen es nur noch nicht, sagte Trump.

Der Iran bereitet sich seit Monaten auf eine möglich US-Operation zur Eroberung der Insel Kharg vor. Das iranische Militär sei vollständig bereit, jeder Bedrohung auf der Insel Kharg entgegenzutreten, sagte ein iranischer Abgeordneter. Der Sprecher erklärte: Sollte die US-Regierung die Insel Kharg angreifen, wird dies eine historisch bedeutsame Reaktion des Irans provozieren. Dies wäre eine weitere militärische Fehlentscheidung der USA gewesen. Hassan Abbasi (Chefstrategie der iranischen Revolutionsgarde) bezeichnet Trump als wahnhaft und betonte, Irans Kampfkraft sei auf der Insel Kharg extrem hoch. Es wurde zusätzlich Luftabwehr stationiert und tragbare Abwehrraketen für das Militär. Entlang der Küste wurden Antipersonenminen und Panzerabwehrminen verlegt, um sich auf eine mögliche Landung vorzubereiten.

CNN: US-Beamte haben gewarnt, dass die Einnahme der Insel hohe Risiken und hohe Verluste bringen würde. Die Insel ist von großer Bedeutung, da das Wasser sehr tief ist und von dort die Öltanker beladen werden können.

Die erneute Sperrung der Straße von Hormus durch den Iran zwingt mittlerweile mehr als 3200 Schiffe zur Untätigkeit in diesem Nadelöhr. Zu hoffen ist, dass die USA den Iran nicht angreifen, da die Energiepreise weltweit in die Höhe schießen würden. Die westliche Propaganda über die angebliche Handlungsunfähigkeit des Irans erinnert stark an die Darstellung Russlands im Ukraine-Krieg. Bis heute Sonntag 14.06.2026 hat die USA nicht angegriffen wie angekündigt. Donald Trump hatte auf *Truth Social* verkündet, dass ein Abkommen zur Beendigung des Krieges mit dem Iran «heute, am Sonntag» per elektronischer Zeremonie unterzeichnet werden soll. Es handelt sich Berichten zufolge nicht um einen endgültigen Friedensvertrag, sondern um ein Memorandum. Dieses soll den Waffenstillstand verlängern.

Ukraine: Die Lage im Ukraine-Krieg spitzt sich zu. Während die ukrainische Führung der Atommacht Russland Bedingungen auferlegen will, greift sie gleichzeitig mit hunderten Drohnen an, was eine entsprechende russische Reaktion wahrscheinlich macht. Dies könnte beispielsweise mit Oreschnik-Raketen erfolgen, die dieses Mal jedoch mit konventionellen statt mit Übungssprengköpfen bestückt wären. Es bleibt zu hoffen, dass dabei keine Atomsprenghöpfe zum Einsatz kommen.

Bericht Nr. 90– Autor: Norbert O. M. Feilhaber – Datum: Mo. 15.06.2026





G7-Gipfel im französischen Évian

Ukraine: Die Ukraine plant, bis Ende 2027, 10 Millionen Drohnen im eigenen Land zu produzieren. Dies gab der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am Rande des G7-Gipfels im französischen Évian bekannt. Er fügte hinzu, dass das Land diese Kapazität potenziell sogar verdoppeln könnte. Selenskyj gab zudem Gespräche mit US-Präsident Donald Trump über die Lizenzübertragung für westliche Militärsysteme bekannt, um diese künftig in der Ukraine selbst zu bauen.

Daraufhin hat Russland den Angriff auf europäische Produktionsstätten angekündigt, um einen Konflikt mit der NATO in wenigen Jahren entgegenzuwirken. Merz begrüßte die Kooperation mit Selenskyj mit dem Verweis darauf, dass Russland international isoliert und geschwächt werden müsse.

Russische Medien: Selenskyjs Plan mit 10 Millionen Drohnen könnte Realität werden. Russland ruft zu Angriffen gegen EU-Fabriken auf. Aus Russland heißt es: Das 10 Millionen Drohnen produzieren eine unrealistische Aussage von Selenskyj ist. In Wirklichkeit kann die Ukraine gar nichts produzieren! Weder Drohnen noch Raketen. Alle was die Ukraine „produzieren“ kann, wird in Wahrheit im Westen hergestellt und geliefert. Die Ukraine montiere nur wenige Komponenten vor Ort. Aussagen aus der Ukraine selber: Man könne nicht 40 Jahre Schaufeln herstellen und dann auf Raketen umsteigen. Zwei unabhängige Experten betonen, dass selbst die fortschrittlichsten Volkswirtschaften für die Entwicklung ballistischer Raketen 10 bis 15 Jahre benötigen. Selenskyj meinte: Das alle Komponenten im Ausland (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Polen) hergestellt und dann in die Ukraine verschifft werden, um dort nur noch montiert zu werden. Fabriken für die Waffenherstellung werden in Rumänien und Deutschland gebaut. Deutschland liefert jetzt schon tausende hoch moderner Drohnen seit Feb. 2026.

Ukraine-Iran: Trump erklärte: Er würde die Ukraine wieder militärisch unterstützen, falls sich die G7-Staaten aktiv an Einsätzen in der Straße von Hormus beteiligen. Vergessen wir aber nicht lieber Leser, dass jedes Kriegsschiff in der Straße von Hormus ein Ziel für den Iran bedeutet, unabhängig ob es sich um deutsche, französische oder britische Schiffe handelt. Die Bildzeitung schreibt: Dass die Holländer Kriegsgefangenenlager auf Probe bauen für 2000 Putin-Soldaten.

Iran: Der Iran hat anhand der Angriffe von Israel auf den Libanon die Straße von Hormus wieder gesperrt. Die USA haben ihre Verpflichtungen aus den ersten Artikeln des Friedensabkommens gebrochen. Zudem verletzt das israelische Regime den Waffenstillstand im Südlibanon weiterhin unerbittlich, was zur brutalen Tötung und Vertreibung hunderttausender unschuldiger Menschen geführt hat. Als Reaktion darauf wurde die Straße von Hormus wieder gesperrt.

Sowie in Anbetracht des Versäumnisses der israelischen Besatzungstruppen, sich aus dem Südlibanon zurückzuziehen, wird hiermit die Schließung der Straße von Hormus für den Schiffsverkehr bekannt gegeben. Erklärt das iranische Zentralhauptquartier am Sa. 20.06. in einer Stellungnahme. Dies sei der erste Schritt des Vertrauensbruchs des Feindes und warnte, dass bei Fortsetzung der Aggressionen von Israel im Libanon weitere militärische Maßnahmen geplant und ergriffen würden, um den Feind (Israel) zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Das „Islamabad Memorandum of Understanding“ (MoU) ist ein historisches 14-Punkte-Rahmenabkommen zwischen den USA und dem Iran, das Mitte Juni 2026 elektronisch unterzeichnet wurde, um den seit Februar 2026 andauernden Krieg zu beenden. Da Pakistan als zentraler Vermittler agierte, ist die Absichtserklärung nach dessen Hauptstadt Islamabad benannt. Iranische Regierungsvertreter bezeichnen das Dokument als politischen Rahmen, zur Beendigung des von den USA und Israel gegen die Islamische Republik Iran verhängten völkerrechtswidrigen Angriffskrieges und zur Schaffung eines Weges zu einem umfassenden endgültigen Abkommen, heißt es. Das Memorandum wurde in wochenlangen Verhandlungen sowohl in Persisch (Farsi) als auch in Englisch unterzeichnet.

Der erste Artikel des Abkommen sieht die sofortige und endgültige Beendigung der Militäroperationen zwischen den Iran, den USA und Israel und ihren jeweiligen Verbündeten an allen Fronten, einschließlich des Libanon vor und verpflichtet die Parteien künftig auf militärische Aktionen und Gewaltdrohungen zu verzichten. Das Memorandum betont zudem die Achtung der territorialen Integrität und die Souveränität des Libanons. Die Verhandlung eines endgültigen Abkommens solle innerhalb der maximal 60 Tagen abgeschlossen sein. Und in einer verbindlichen Resolution des US-Sicherheitsrates enden.

Um die eigene regionale Vormachtstellung zu festigen, strebt Israel Berichten zufolge eine Entscheidung im Krieg gegen den Iran an. Dieses Ziel lässt sich jedoch nur mit aktiver Unterstützung der Vereinigten Staaten erreichen. Chamenei hat angewiesen, sofort eine Delegation zu Gesprächen mit den USA in die Schweiz zu schicken, um sicherzustellen, dass Israel keine weiteren Angriffe im Libanon unternimmt. Ismail Bghai (Sprecher des iranischen Außenministeriums) sagte, eine iranische Delegation werde morgen in die Schweiz reisen, um mit den USA in Kontakt zu treten und sicherzustellen, dass diese ihre Verpflichtungen aus den kürzliche unterzeichneten Abkommens einhalten werden. Das Treffen in der Schweiz fand nicht statt, da die USA sagten: Das es für so ein Treffen keinen Grund und keine Verpflichtungen gibt. Dem Iran geht es darum, wie die USA und Israel ihre Verpflichtungen aus dem Memorandum umsetzen wird. Sollte der Iran erkennen, dass es keine Umsetzungen gibt, wird der Krieg weitergeführt.

Bericht Nr. 91– Autor: Norbert O. M. Feilhaber – Datum: Mo. 22.06.2026

